

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII, 17

Bonn, den 24. Januar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Die Pressefreiheit wahren ----- Der Bundesinnenminister im Notstand	73
3 - 4	Zeitungslose Stadt ----- Fehlende Zeitungen sind nicht zu ersetzen Von Fritz Heine	59
4 a	Der unerwünschte Sachverständige ----- Klimaverschlechterung im Bundestag	29
5 - 6	Der Anfang vom Ende für Karamanlis ----- Die Behauptungen der Opposition vor Gericht bestätigt Von Dr. Basil Kethiopoulos	86
7	Eine nicht alltägliche Geschichte ----- Israelische Gäste des Deutschen Roten Kreuzes	31

Chefredakteur Günter Markscheffel

i. V. Albert Exler

Die Pressefreiheit wahren !

Der Bundesinnenminister im Notstand

H.D. - Diese Reise war Bonn nicht wert - das war der allgemeine Eindruck bei den vielen Chefredakteuren, die auf Einladung des Bundesinnenministers am 22. Januar nach Bonn gekommen waren, um sich über die Notstandsgesetzgebung unterrichten zu lassen.

Die Einladung war kurzfristig erfolgt, Unterlagen wurden dabei nicht übermittelt. Niemand hatte also die Möglichkeit, sich in die umfangreiche Materie einzuarbeiten. Deshalb berührte es beinahe peinlich, als Staatssekretär Professor Dr. Josef Hözl Verwunderung darüber ausdrückte, daß die Journalisten sich in der Diskussion "nur mit ihren eigenen Angelegenheiten" - nämlich mit der im Entwurf einer Notstandsvorfassung vorgesehenen Einschränkung der Pressefreiheit - befassten.

Bundesinnenminister Höcherl hatte durch vorausgegangene Äußerungen den Eindruck hervorgerufen, als wolle er auf dieser Veranstaltung versuchen, die von den Presseverbänden und dem Deutschen Presserat gegen seinen Entwurf einer Notstandsverfassung vorgebrachten Bedenken über ein direktes Gespräch mit den Chefredakteuren zu "umschiffen". Sollte er das wirklich beabsichtigt haben, dann konnte er sich am Dienstag von der Aussichtslosigkeit solchen Unterfangens überzeugen: Er stand nämlich auch hier der einhelligen Ablehnung jedes Versuchs zur Einschränkung der Informations- und Meinungsfreiheit gegenüber.

Fast alle Fragen der erschienenen Journalisten konzentrierten sich auf den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes und darin auf jene Bestimmungen, die eine Einschränkung der Grundrechte aus Artikel 5 des Grundgesetzes sowohl im Zustand der äußeren wie der inneren Gefahr und im Katastrophenzustand vorsehen.

Der Bundesinnenminister und sein Staatssekretär waren offenbar nicht gefaßt auf die einmütige Opposition der Journalisten. Die ständig wiederholte Frage, warum überhaupt eine Einschränkung der Grundrechte aus Artikel 5 durch Grundgesetzänderung nötig und warum sie auch für den Zustand der inneren Gefahr oder gar für den Katastrophenzustand vorgesehen sei, erhielt die wenig befriedigende Antwort, es müßten

Veröffentlichungen verhindert werden, die eine Panik hervorrufen könnten. Offensichtlich in Notstand geraten, wies Höcherl auf die beabsichtigte Selbstkontrollinstanz hin. Die Frage, warum man sich dann die Generalvollmacht für die Einschränkung der Pressefreiheit verschaffen wolle, anstatt zuvor mit den Presseverbänden über die Möglichkeiten einer Selbstkontrolle zu sprechen, blieb unbeantwortet. Der Hinweis der Vertreter des Innenministeriums auf das englische Beispiel war nicht nur fadenscheinig, sondern sogar falsch. In England gibt es keine verfassungsrechtlich zulässige Einschränkung der Pressefreiheit. In Schweden gar verbietet die Verfassung die Einführung der obligatorischen Zensur auch für den Kriegsfall.

Unter solchen Vorzeichen mutete es befremdlich an, als Bundesinnenminister Höcherl versicherte, die durch Grundgesetzänderung vorgesehene Möglichkeit zur Einschränkung der Pressefreiheit sei rein theoretischer Natur, wenn die Selbstkontrolle funktioniert. Wer würde denn darüber befinden? Bezeichnend war in diesem Zusammenhang die Antwort auf die Frage, was geschehen würde, wenn die Selbstkontrolle nicht funktioniert: Dann soll das betroffene Publikationsorgan von allen offiziellen Informationsmöglichkeiten ausgeschlossen werden !

Das englische Beispiel sieht auch hier wieder anders aus. Dort nämlich war während des letzten Krieges die Selbstkontrollinstanz eine Schutzeinrichtung für die Presse. Eine Zeitung, die sich für eine Veröffentlichung der Zustimmung dieser Instanz versichert hatte, entzog sich jeder strafrechtlichen Verantwortung auch für den Fall, daß die Veröffentlichung sich hinterher als schädlich für die eigene Kriegsführung herausstellte. Ein Publikationsorgan aber, das die Empfehlungen der Kontrollinstanz nicht befolgte und eine Schädigung bewirkte, setzte sich der Gefahr der für alle Bürger vorgesehenen Strafverfolgung aus. Besondere Maßnahmen gegen die Presse gab es in England nicht.

Bundesinnenminister Höcherl zog sich angesichts solcher Widersprüche schließlich darauf zurück, daß ja noch nichts abschließend geregelt sei und daß alle diese Fragen noch mit Vertretern der Presseverbände erörtert werden sollen. Er hätte den Mut dazu schon vor der Paraphierung seiner Gesetzesentwürfe haben sollen; es wäre ihm viel Kummer erspart geblieben.

Es bleibt zu hoffen, daß der Bundesinnenminister wenigstens für die Zukunft Lehren aus den bisherigen Erfahrungen zieht - und mit ihm der Bundestag, dessen zuständige Ausschüsse sich vornehmen sollten, Vertreter der Presseverbände und des Deutschen Presserates zu hören. Ein solches Vorgehen könnte dem Ansehen des Bundestages und der Demokratie nur nützen.

Zeitungslose Stadt

Von Fr. Heine

Die pfundschweren Sonntagszeitungen und die kaum weniger umfangreichen täglichen Blätter, die der New Yorker Bürger an jeder Straßenecke kaufen konnte, sind seit Dezember vorigen Jahres verschwunden. Die sieben großen New Yorker Zeitungen werden seit Wochen bestreift, ein Ende der Auseinandersetzung ist noch nicht abzusehen. In diesen Wochen wiederholt sich, was vor mehreren Jahren fast zum gleichen Zeitpunkt schon einmal das geschäftliche, kulturelle und politische Leben dieser Viel-Millionen-Stadt entscheidend beeinflusst hat: New York ist ohne Zeitung.

Von vielen Seiten wird versucht, Ersatz zu schaffen. Rundfunk und Fernsehen, die in Amerika ja weit grössere Bedeutung als in Europa haben, vervielfachten die Nachrichten und Informationssendungen. Ersatzzeitungen mehr oder minder primitiver Art schossen aus dem Boden. Mehrere hundert Vervielfältigungsbüros wurden neu gegründet oder erweitert. Sie alle geben eine oder mehrere Ersatzzeitungen heraus. Aus den Vororten, die über eine auflagenstarke Presse verfügen und aus anderen Städten werden täglich tausende von Zeitungsexemplaren hineingefahren oder hineingeflogen. Firmen, die ihre Waren nicht anzeigen können, haben sich Ausrufer gedungen, um mit Glockenklingeln die Aufmerksamkeit auf die umgehängten Plakate zu lenken.

So vielfältig die Anstrengungen sind - - - es hilft alles nichts: Die fehlenden Zeitungen sind nicht zu ersetzen. Politik, Wirtschaft, Kultur und allgemeine Öffentlichkeit spüren in ungehohem Ausmaß, was es bedeutet, wenn "die Zeitung" ausbleibt. Die Wirkungen und Nachteile gehen bis in Bereiche, die man gemeinhin nicht mit der Zeitung in Verbindung bringen würde. Sie treffen nicht nur die Bürger dieser Weltstadt, sie wirken sich in den Vereinigten Staaten und im Weltmaßstab aus. Ein kleines privates Beispiel für viele: Aus der Bundesrepublik sind Hunderte von Briefen an New Yorker Freunde gesandt worden, um sie auf die Konzertveranstaltungen eines der bekanntesten deutschen

Manchester hinzuweisen, die in der zeitunglosen Stadt stattfinden sollen und deren Besuch gefährdet ist.

Viel schwieriger und gefährdeter ist natürlich die Situation für New York selbst:

Der Besuch kultureller Veranstaltungen ist rapide gesunken. Die Vergnügungsindustrie erleidet erheblichen Schaden. Politische Vorgänge finden nicht die nötige und übliche Beachtung. Die Börse ist benachteiligt. Warenhäuser und Einzelhandelsgeschäfte haben Millionen Verluste. Das Kaufinteresse hat nachgelassen. Eine Reihe von Veranstaltungen sind in andere Städte verlegt worden. Einige Unternehmen sind zusammengebrochen. Weitere - auch Zeitungen? - werden folgen.

Erst wenn die Zeitungen fehlen, merkt man, wie sehr man ihrer bedarf. Gewiss gibt es vielerlei Möglichkeiten, die Menschen zu unterrichten, sie zum Kaufen zu bewegen oder zu Besuchen zu veranlassen. Aber die eigenartige Wirkung und Sonderstellung dieses mehr als 300 Jahre alten Kommunikationsmittels "Zeitung" ist offenbar durch andere Bekanntmachungs- und Benachrichtigungsquellen und -möglichkeiten auch in unserem technisch so modernen Zeitalter nicht voll zu ersetzen.

Nicht nur der Leser von New York will diese Mischung von Nachrichten und Kommentaren, Anzeigen und Sensationen, von Reportage und Kurzbericht in der gewohnten Weise und Form haben. Er gibt sich nicht mit Hilfsmitteln, und mögen sie noch so modern sein, zufrieden.

Das gedruckte Wort, die Möglichkeit des Schwarz-auf-weiß-nach-Hause-tragen, die Kombination des Vielerlei und des Auswählens bevorzugter Themen und Stoffe - alles dies ist das Reservat der Zeitung und unersetzlich. Auch das ist eine Lehre des großen New Yorker Zeitungskampfes.

Der unerwünschte Sachverstand

sp - Das war ein Rückfall in böse Zeiten: der rücksichtslose Gebrauch der Mehrheit gegen die Minderheit, geschehen bei den Schlussabstimmungen der ersten Lesung des "Sozialpakets" im Bundestag. Der Sozialpolitische Ausschuss bleibt von jeglicher Beratung des Gesetzentwurfes über Kindergeld und Lohnfortzahlung ausgeschlossen, nur das Gesetz zur Krankenversicherungsreform fällt als Beratungsgegenstand in seine Zuständigkeit. Die Gesetzentwürfe für Kindergeld und Lohnfortzahlung wurden dem Arbeitsausschuss überwiesen, in dessen Kompetenz sie ja gewiss nicht gehören.

Die Parlamentsmehrheit, dem Willen des Bundesarbeitsministers Blank folgend, erzwang diese widersinnige Entscheidung, um zu verhindern, dass der Sachverstand der Sozialexperten zu der ihm gebührenden Geltung kommt. Diese Rechnung wird freilich nicht aufgehen. In der zweiten Lesung wird die Opposition die Möglichkeit wahrnehmen, das Notwendige zu sagen und vor der ganzen Öffentlichkeit die Schwächen dreier Gesetzentwürfe aufzuzeigen, von denen selbst die CDU immer wieder - und zwar zu Recht - behauptete, sie wären eine Einheit. Sie ist nun von diesem vernünftigen Standpunkt abgewichen. Die Einschaltung mehrerer Ausschüsse zur Beratung einer ohnehin schwierigen Materie muss zu unnötigen Belastungen führen, ja geradezu zur Fuscherei verleiten.

Das Verhalten Blanks und der Parlamentsmehrheit steht im Widerspruch zum guten parlamentarischen Stil. Die Missachtung der Minderheit, das Übergehen aller berechtigten Einwände und der damit eingetretene Bruch bisher gepflegter Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen sind ein schlechtes Omen. Schon fiel das Stichwort von der Klimaverschlechterung. Die Parlamentsmehrheit wird noch zu spüren bekommen, dass man eine Minderheit, die immerhin 40 Prozent aller Abgeordneten umfasst, nicht ungestraft als nicht existent behandeln kann. Wer selber keine Rücksicht übt, kann von anderen Rücksichtnahme nicht erwarten.

+ + +

Der Anfang vom Ende für Karamanlis

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die Unzufriedenheit mit der Regierung Karamanlis, die schon seit den letzten Wahlen im Oktober 1961 in weiten Kreisen der Bevölkerung zu spüren war, nimmt zu. Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik haben die völlig unzureichenden Löhne der Lehrer an Volks- und Höheren Schulen dazu geführt, dass sich ab 19. Januar die Lehrer zu einem unbefristeten Generalstreik entschlossen haben. Es gibt in Griechenland zur Zeit etwa 33 000 Lehrer; das sind ca. 33 Prozent der Gesamtzahl der griechischen Staatsbeamten. Daneben protestieren die Studenten aller Hochschulen in einer Reihe von Versammlungen und Demonstrationen dagegen, dass das Staatsbudget nur sechs Prozent der gesamten Ausgaben für Erziehungszwecke vorsieht. Die Studenten fordern mindestens 15 Prozent. Inzwischen haben Tausende von Bürgern Proklamationen unterschrieben, in denen sie die Forderung der Studenten unterstützen. Medizinstudenten klagen über den Mangel an Laboratorien, über die den heutigen Ansprüchen nicht mehr genügende Hörsäle und über die allgemein völlig veralteten Lehr- und Unterrichtsmittel.

Die Armee und die Politik

Auf dem Gebiet der Innenpolitik kam es am 12. Januar zu einem Ereignis, das eine Rechtfertigung der Behauptungen der Opposition, die letzten Wahlen seien ein Produkt der "Fälschung und der Gewalt" (Papandreou) gewesen, brachte. In einem Prozess gegen Petros Kokkas, den Herausgeber der Zeitung "Eleftheria", der wichtigsten Oppositionszeitung in Athen, kam es zu einer sensationellen Zeugenaussage. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen Kokkas Anklage erhoben, da die "Eleftheria" in zwei Artikeln den bisherigen Chef des griechischen Generalstabes dafür verantwortlich gemacht hatte, dass bei den letzten Wahlen 85 Prozent des Heeres der Regierungspartei ihre Stimme gegeben hatten. Die Artikel warfen dem Generalstabschef vor, dem Heer diese Art der Wahl aufoktroziert zu haben. Unter anderen Zeugen, die ihr Befremden darüber ausserteten, dass bei Marine und Luftwaffe 45 bis 50 Prozent für die Regierungspartei gestimmt hatten, während es beim Heer zu der in einer Demokratie unwahrscheinlichen Zahl von 85 Prozent gekommen sei, erschienen als Entlastungszeuge auch General G. Petropoulos, der zur Zeit der Wahlen stellvertretender Chef des Generalstabes gewesen ist. Seine Aussage brachte eine echte Sensation. General Petropoulos erklärte:

- a) dass es für die Wahlen vom 29. 10. 61 einen Plan gegeben habe, nach dem das Heer in den Dienst der Regierungspartei gestellt werden sollte, um das Wahlergebnis zu deren Gunsten zu beeinflussen;
- b) dass dieser Plan nach persönlichen Instruktionen des damaligen Generalstabschefs und unter der Leitung von Offizieren seiner Wahl ins Werk gesetzt wurde;

- c) dass der Plan vorsah, die wichtigsten Stellen in den Standortkommandanturen mit Offizieren zu besetzen, die als regierungstreu bekannt waren, in täglichen Erörterungen propagandistisch die Wahl der Regierungspartei vorzubereiten, Heeresseinheiten an die Orte zu verlegen, wo die Macht der Regierungspartei erfahrungsgemäss schwach war;
- d) dass sich der frühere Chef des Generalstabes durch seine gesetzeswidrige Tätigkeit des Bruches seines Dienstes schuldig gemacht habe und von rechts wegen schon lange auf der Anklagebank zu sitzen hätte.

Das Gericht konnte kein Urteil fällen, da sich seine Unzuständigkeit inzwischen herausgestellt hatte, als Panos Kokkas darlegte, dass er neben seiner Tätigkeit als Herausgeber der "Eleftheria" gleichzeitig auch den Beruf eines Rechtsanwalts ausübe. Nach der griechischen Strafprozessordnung dürfen Anklagen gegen Rechtsanwälte nur vor dem Oberlandesgericht erhoben werden. Panos Kokkas hatte ausserdem erklärt, dass ihn auch andere Offiziere aufgesucht und ihm gesagt hätten, sie seien nach der Aussage des Generals Petropoulos selbst bereit, vor dem zuständigen Gericht die Durchführung der letzten Wahlen zu schildern. Ein neuer Prozess steht also bevor.

Die Aussage des Generals hat die innenpolitische Lage in Griechenland äusserst zugespitzt und wird als das wichtigste Ereignis der letzten Monate im öffentlichen Leben Griechenlands angesehen. Drei Tage nach der Zeugenaussage empfing der König einen der Führer der stärksten Oppositionspartei, den ehemaligen Ministerpräsidenten Venizelos. Nach der Audienz erklärte Venizelos, er habe aus dem Gespräch den Eindruck gewonnen, dass der König "mit absoluter Objektivität der derzeitigen Lage begegne".

Auch auf aussenpolitischem Gebiet wird sich die Regierung Karamanlis in den nächsten Tagen im Parlament schärfster Attacken seitens der Opposition zu wehren haben. Es geht um die Zypern-Frage, die neuerdings wieder akut geworden ist, da sich auf der Insel die Türken nicht bereit zeigen, in friedlichem Einvernehmen mit den Griechen zu leben. Die Opposition hatte schon die Verträge von Zürich und London des Jahres 1959 nicht gebilligt, da diese nur eine körstliche Lösung des Zypern-Problems bringen konnten. Sie hat immer betont, dass einzig und allein die Regierung Karamanlis für diese Lösung, die dem zypriotischen Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigert, verantwortlich ist.

Die Regierung Karamanlis findet sich in diesem Netz von wirtschaftspolitischen, innenpolitischen und aussenpolitischen Misständen gefangen. Politische Beobachter in Athen fragen sich, ob die Regierung auch diesmal eine Masche findet, um dem Netz zu entchlüpfen.

Eine nicht alltägliche Geschichte

I. D. Dieser Tage hat Ritter von Lex, der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, in seinem Amtssitz in Bonn vier junge Israelis begrüßt, die auf Einladung des Schulamtes der Stadt Köln zur Zeit die Bundesrepublik bereisen. Ritter von Lex wollte den jungen Menschen aus Israel für die Errettung des 19-jährigen Kölner Schülers Reinhard Frey aus Lebensgefahr danken, der im Sommer 1962 mit einer Kölner Schülergruppe Israel besucht hatte.

Tief im Herzen der Wüste Negew war Reinhard Frey von einer besonders gefürchteten Giftschlange, einer Sandvipere, in die Hand gebissen worden. Die vier Israelis leisteten ihm zunächst mit Sachkunde Erste Hilfe. Sie banden den Arm ab, schnitten die Hand auf und saugten sogar das Gift heraus - eine nicht ungefährliche Handlung. Als die Hand dennoch steif wurde und ärztliche Hilfe dringend geboten schien, machte es der Jugendleiter der Stadt Tel-Aviv, Jehuda Erell, möglich, dass Reinhard Frey in fünfzig Minuten vom Schlangengebiss an gerechnet aus der Wüste im vier Autostunden entfernten Krankenhaus von Beerschewa behandelt wurde. Ein Armee-Flugzeug, aus einem in der Nähe befindlichen Kibbuz zu Hilfe gerufen, war auf schmaler Piste in der Wüste gelandet und hatte Frey in die Stadt geflogen. Sofort vorgenommene Bluttransfusionen konnten dank der Kürze der Zeit, die zwischen dem Schlangengebiss und der Behandlung vergangen war, dem jungen Kölner das Leben erhalten.

"Ich weiss nicht, warum man uns deswegen ehren will", sagte Jehuda Erell im Namen der vier, die alle einen Dienst zur Errettung Freys geleistet hatten. "Wir alle haben etwas ganz Selbstverständliches getan", und es war ihm offensichtlich ernst mit dieser Feststellung. Der Beigeordnete für Schulfragen bei der Stadt Köln, Giesberts, meinte indes, als Deutscher könne man dies nicht unbedingt als etwas Selbstverständliches ansehen, wenn man bedenke, dass vor nur zwanzig Jahren jüdische Menschen von Deutschen auf die grausamste Weise zu Tode gebracht worden waren. Das Gefühl des Dankes für die Errettung des 19-jährigen deutschen Jungen sei darum besonders tief.